

Fiskalpakt und Euro-Rettungsschirm

MdB Rainer Arnold: SPD setzt mehr Mitsprache des Bundestags durch

NÜRTINGEN (pm). Am Freitag stimmt der Bundestag über den Fiskalpakt und den permanenten Euro-Rettungsschirm ESM ab. Nach intensiven Debatten in der SPD-Bundestagsfraktion hat sich der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) entschlossen, zuzustimmen. Mit dem Fiskalpakt verpflichten sich 25 Länder der EU zu strengen Obergrenzen für Staatsschulden. Der ESM soll künftig bei finanziellen Notlagen von Staaten und Banken Kredite vergeben können. Für Rainer Arnold war die Entscheidung aus verschiedenen Gründen nicht leicht. „Da ist einerseits die Einsicht, dass diese Maßnahmen notwendig sind, um ein Auseinanderbrechen des Euro zu verhindern“, so Arnold. Das

wäre aber für die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft desaströs. „Besonders getroffen würden hiervon Staat, Sparer, Industrie, Mittelstand und deren Arbeitnehmer“, so Arnold, „weshalb wir grundsätzlich für den dauerhaften Rettungsschirm sind.“ Dass der Weg zur Zustimmung dennoch kein leichter war, sieht Arnold in der Politik der Bundesregierung begründet. Die SPD als größte Oppositionspartei sei wochenlang über Einzelheiten des Fiskalpakts und ESM kaum informiert worden. Wichtige Fragen, etwa die nach der Beteiligung des Bundestages an den Entscheidungen des Rettungsschirms, seien somit offen geblieben. „Unter solchen Vorzeichen war ein ‚Ja‘ zum ESM nicht möglich; denn wenn

der Bundestag bei den Bundeshaushalt betreffenden Fragen nicht mehr mitreden kann, ist sein wichtigstes Recht, das Haushaltsrecht, akut bedroht“, so der SPD-Mann. In den teils dramatischen Verhandlungen der letzten Wochen zwischen Regierung und Opposition konnte die SPD jedoch eine bessere Beteiligung des Bundestages durchsetzen.

Die Zustimmung zu ESM und Fiskalpakt wurde zudem dadurch ermöglicht, dass sich die Bundesregierung zu Impulsen für Wachstum und Beschäftigung bekennt. Dazu gehört zum Beispiel ein Sofortprogramm gegen die teils dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Euro-Ländern. Die strenge Sparpolitik, wie sie

bisher von der Bundesregierung vertreten wurde, sieht Arnold damit gescheitert. „Natürlich müssen die Krisenstaaten ihre Hausaufgaben machen, denn auch wir können nicht unbegrenzt Mittel bereitstellen“, so Arnold, aber nur rabiante Sparpolitik bringe die klammen Staaten nicht wieder auf die Füße.

Eine weitere Voraussetzung für die Zustimmung der SPD war zudem die Einigung von Bund und Ländern. „Uns war wichtig, dass die Haushaltsautonomie der Länder durch den Fiskalpakt nicht eingeschränkt wird“, so Arnold, „und das haben wir erreicht.“ Zudem bekommen die Länder 580 Millionen Euro für den Kita-Ausbau. Und schließlich konnte sich die SPD

mit einem ihrer wichtigsten Anliegen durchsetzen: Die Bundesregierung wird sich für eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte, die sogenannte Finanztransaktionssteuer, einsetzen. „Das war vielleicht der härteste Brocken, da sich besonders die FDP mit Händen und Füßen gewehrt hat“, so Arnold. Aber jetzt seien die Weichen dafür gestellt, dass auch die Verursacher der Krise an den Kosten beteiligt werden. Nach diesen Ergebnissen ist für Arnold eine Zustimmung vertretbar. ESM und Fiskalpakt seien allerdings nicht die Lösung der Krise, „sondern lediglich von allen Möglichkeiten die vertretbarste“, so Arnold. Die Eurokrise werde das Parlament in den kommenden Monaten noch häufig beschäftigen.